

Warten auf die 35 und das Gespräch mit Söder

In der Corona-Politik rät Laschet, auf die zu achten, von denen man nicht so viel hört. Und dann ist da noch die berühmte K-Frage.

Weniger als 35 Neuinfizierte pro 100.000 Einwohner innerhalb der letzten sieben Tage: So lautet derzeit das Ziel im Kampf gegen Corona. Dass noch strengere Inzidenzwerte in die Diskussion um Lockerungen der geltenden Corona-Auflagen eingebracht werden, hält **Armin Laschet** nicht für angemessen. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen verteidigt in einem Online-Gespräch mit unserem Chefredakteur **Thomas Thelen**, an dem rund 300 Leserinnen und Leser teilgenommen haben, seine Aussagen dazu und weist Kritik daran zurück. Er habe sich damit auch nicht von den Beschlüssen der Regierungschefs mit der Bundeskanzlerin distanziert.

Unsere Zeitung dokumentiert eine Auswahl der Fragen und Antworten aus dem digitalen Gespräch.

Herr Laschet, zur aktuellen Coronapolitik haben Sie in dieser Woche gesagt: „Man kann nicht immer neue Grenzwerte erfinden, um zu verhindern, dass Leben wieder stattfindet.“ Was meinen Sie damit? Wer erfindet denn neue Grenzwerte?

Laschet: Wir müssen das Virus ernst nehmen, wir müssen auch das mutierte Virus ernstnehmen. Um die Zahlen runterzubringen, müssen möglichst alle mitziehen. Dafür ist es umso wichtiger, dass wir bei klaren Orientierungsgrößen bleiben: Wir haben im November die Inzidenzwerte 50 und 35 festgelegt. Der Inzidenzwert 50 ermöglicht es uns zum Beispiel, ab 22. Februar Kitas und Grundschulen zumindest teilweise wieder zu öffnen. Der nächste Wert ist 35. Wenn der erreicht ist, wird es weitere Öffnungen geben; so ist es gemeinsam zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten vereinbart. Es ist nicht gut, wenn man

„Wenn die 35 erreicht ist, muss auch kulturelles und wirtschaftliches Leben wieder beginnen können.“

Armin Laschet (CDU) über die Inzidenzwerte

ständig neue Werte in die Diskussion wirft, manche wollen 25, andere 10, wieder andere 0. Die Menschen wollen Klarheit und Verlässlichkeit. Wir sind derzeit sehr

Sie haben gerade erst vor drei Tagen aber davon gesprochen, dass Inzidenzwerte erfunden werden. War das eine unglückliche Formulierung?

Laschet: Im Infektionsschutzgesetz stehen die beiden Werte 50 und 35. Wir sollten daran arbeiten, diese Ziele zu erreichen. In Nordrhein-Westfalen haben wir übrigens als eines der ersten Länder den Wert 35 schon im Spätsommer vo-



Auf bestes Einvernehmen bedacht - in der Corona-Politik mit der Kanzlerin und bald auch mit Markus Söder in einer ganz anderen Frage: Armin Laschet. FOTO: DPA

rigen Jahres festgesetzt, als wir eine regionale Coronabremse eingeführt haben.

Die einen sind für Lockerungen, die anderen für Verschärfungen der Auflagen, und beide Seiten werfen sich gegenseitig Populismus vor. Sie haben vor zwei Tagen gesagt: „Populär ist, glaube ich, immer noch die Haltung, alles verbieten, streng sein, die Bürger behandeln wie un-

mündige Kinder.“ Stimmt das auch? Oder ist eher die Aussage populistisch, es müsse nun mal endlich zu Lockerungen kommen?

Laschet: Umfragen zeigen: Die vermeintlich strenge Haltung ist die populärere. Als Politiker darf man sich aber nicht von Umfragen leiten lassen. Ich plädiere für ein sorgsames Abwägen. Wenn es zum Beispiel Kindeswohlgefährdungen gibt, weil Kinder über Monate hinweg nicht mehr in der Kita oder in der Schule sind, löst das Schäden aus, die nicht jeden Abend wie die Inzidenzwerte im Fernsehen verkündet werden. Über diese Schäden berichten uns Erzieherinnen, Lehrerinnen und die sozialen Träger von Einrichtungen. Diese und viele andere Faktoren müssen in jede Entscheidung einfließen, ob es nun populär ist oder nicht.

Was ist eigentlich dran an dem öffentlich entstandenen Bild von der bremsenden Kanzlerin auf der einen und den Ministerpräsidenten auf der anderen Seite, die zur Disziplin angehalten werden müssen?

Laschet: Die Bundeskanzlerin hat eine schwierige Aufgabe, denn die meisten Kompetenzen, über die wir in diesen Konferenzen sprechen, liegen bei den Ländern. In der Theorie könnte jedes Land machen, was es für richtig hält. Die Bundeskanzlerin hält das seit Monaten zusammen; es ist wichtig, dass wir gemeinsam handeln. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten erleben die Situation vor Ort näher und anders, sie bringen ihre individuellen Erfahrungen aus den Ländern mit an den Konferenzstisch. Diese Realität aus den Ländern und die übergreifende Analyse des Geschehens zusammenzuführen, führt zu einem Ringen um den richtigen Weg und hat bisher immer noch ein gemeinsames Ergebnis gebracht. Das ist die Stärke unseres föderalen Systems.

Ihre Äußerungen werden aber als Distanzierung von der Kanzlerin betrachtet.

Laschet: Das bleibt trotzdem falsch. Wir sind uns hier sehr einig. Wenn Kommentatoren Gegensätze sehen wollen, dann wird man damit leben müssen.

Kritisiert werden ein vermeintlicher Schlingerkurs und ein „Flü-

ckentepich“ in der Corona-Politik. Ist das berechtigt?

Laschet: Die Menschen haben Interesse an der Situation in der Stadt und Region, in der sie leben. In Aachen, Düren oder Heinsberg interessiert es kaum jemanden, wie der Schulbetrieb in Oberammergau organisiert wird. Die Eltern wollen präzise wissen: Was gilt für mein Kind? Was gilt für die Schule, in die meine Kinder gehen? Dass es hier zu Abweichungen zwischen den Ländern kommen kann, ist klar, es gibt auch unterschiedliche Rechtslagen. In manchen Ländern gibt es zum Beispiel sechs Grundschuljahre. Was dann für Grundschulen vereinbart wird, gilt dort auch für fünfte und sechste Klassen, woanders aber nicht. Wichtig ist, dass wir gemeinsame Regeln, einen gemeinsamen Rahmen schaffen, um die Infektionszahlen zu senken, hier muss Einigung bestehen. Dass die einzelnen Maßnahmen sich in all ihren Facetten auch mal unterscheiden, lässt sich nicht verhindern. Entscheidender Faktor muss die Lebensrealität vor Ort sein, nicht Konformität in den Details.

Was hat für Sie jetzt Priorität?

Laschet: Wir haben immer gesagt, dass die Bildungschancen unserer Kinder Priorität haben. Öffnungen müssen daher bei den Kleinsten beginnen. Die Bedingungen in den Familien sind sehr unterschiedlich. Nicht jeder hat die Zeit, beim Ho-

meschooling zu unterstützen, nicht jedes Kind hat ein eigenes Zimmer oder einen Computer, an dem es lernen kann. Daraus ergeben sich ungleiche Chancen. Deshalb ist der Präsenzunterricht so wichtig. Familien bekommen dadurch wieder eine konkrete Perspektive und werden im Alltag entlastet.

Wie kühn ist das Impfversprechen der Kanzlerin, bis Ende September bekomme jeder ein Impfangebot?

Laschet: Es ist toll, dass so schnell so viele Impfstoffe entwickelt und zugelassen werden konnten. Momentan hängt es noch an der Produktion der Impfstoffe, weshalb wir noch nicht so schnell impfen können, wie wir gerne würden. Aber ich gehe davon aus, dass sich diese Situation ab April verbessert. Deshalb halte ich die Prognose der Bundeskanzlerin für realistisch.

Wenn Schulen und Kitas so wichtig sind, warum werden Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen nicht bevorzugt geimpft?

Laschet: Das war eine Anregung, die ich für Nordrhein-Westfalen vorgetragen habe. Die Impf-Rei-

henfolge legt die Ständige Impfkommission fest. Die entscheidet völlig unabhängig und steht auch in Verbindung mit dem Ethikrat. Erzieherinnen und Erzieher in der Kita beispielsweise können während ihrer Arbeit aber einfach keinen Abstand halten, deshalb setze ich mich auch dafür ein, sie in der Reihenfolge höherzustufen, damit sie schneller geimpft werden. Das berät der Bundesgesundheitsminister jetzt mit der Impfkommission.

Ein anderes aktuelles und heiß diskutiertes Thema: die Kanzlerkandidatur. Dazu wollen Sie nichts sagen, das ist bekannt. Aber wann wird es denn das entscheidende Treffen zwischen Ihnen und Herrn Söder geben?

Laschet: Ich gehe davon aus - zwischen Ostern und Pfingsten.

Wo werden Sie sich treffen?

Laschet: Das weiß ich noch nicht.

Laden Sie Herrn Söder zu dem Gespräch ein, oder lädt der CSU-Chef Sie ein?

Laschet: Auch das kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen. Das Verfahren zwischen CDU und CSU hier zu zeichnen sich dadurch aus, dass es seit 70 Jahren nicht fest geregelt ist, aber immer ein gutes Ergebnis hervorbringt.

Wird es ein Vier-Augen-Gespräch sein, oder sind da auch andere beteiligt?

Laschet: Wir werden sicher unter vier Augen besprechen, welchen Vorschlag wir unseren beiden Parteien machen.

Über Ihr Verhältnis zu den Grünen wird viel spekuliert. Angeblich haben Sie Sympathien, tatsächlich sagen Sie seit Monaten wenig Gutes über sie.

Laschet: Ich habe viele persönliche Freunde bei den Grünen, aber zwischen den Grünen und der CDU gibt es erhebliche Unterschiede, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen täglich im Landtag erleben können. Von der inneren Sicherheit bis hin

zur Schulpolitik treten sie sehr ideologisch auf. Die Grünen sind unser politischer Gegner. Mit der FDP dagegen regiere ich seit über drei Jahren in Nordrhein-Westfalen sehr gut zusammen. Sie ist mein Wunschkoalitionspartner. Aber natürlich entscheiden am Ende die Wählerinnen und Wähler, wer Deutschland in der schwierigen Zeit nach der Pandemie gestalten soll. Alle Demokraten müssen da zu Kompromissen fähig sein.

„Ich habe viele persönliche Freunde bei den Grünen, aber zwischen den Grünen und der CDU gibt es erhebliche Unterschiede, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen täglich im Landtag erleben können.“

Armin Laschet

Laschets Liebe zu den Bayern

Beim Politischen Aschermittwoch umgarnt der CDU-Chef die Schwesterpartei

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

DÜSSELDORF/BERLIN/PASSAU Es ist eine Premiere: Erstmals spricht ein CDU-Vorsitzender beim Politischen Aschermittwoch der CSU ein Grußwort - in diesem Jahr allerdings ein digitales. Aber immerhin darf er, wie Armin Laschet selbst sagt, am „Olymp des politischen Geschehens in ganz Deutschland“ teilnehmen. Er habe schon als junger Mann zu den Fans von CSU-Urgestein Franz Josef Strauß gehört.

Der Aachener steht an einem Rednerpult vor einem CDU-Emblem, hat aber bajuwarische Insignien vor sich: CSU-Fähnchen, Brezeln, Weißbier und Bierkrug. Laschet sendet sehr versöhnliche Worten Passau: „Wenn CDU und CSU so eng beieinander stehen wie im

Moment, dann werden wir auch dieses wichtige Wahljahr in Deutschland bestehen“, sagt er. Es gehe im Wahlprogramm der Union darum, gemeinsam Arbeitsplätze und Ökologie zusammenzuführen.

Es gebe in den kommenden acht Monaten mit den diesjährigen Landtagswahlen und dann der Bundestagswahl im September viel zu kämpfen. Wenn dies erfolgreich gelinge, werde die Union „ein Modernisierungsjahrzehnt gestalten mit Lust, mit Freude, mit neuen Ideen“. Alle anderen Parteien verbinde das Ziel, eine erneute Kanzlerschaft der Union zu verhindern. Die Botschaft dahinter: Nur als Union sind wir stark.

Wem am Mittwoch auf Konkretes zum ungelösten Thema Kanzlerkandidatur gewartet hatte, sah sich ge-

täuscht. Konkrete Andeutungen zu seinen eigenen Ambitionen macht Laschet nicht. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Markus Söder, Hauptredner in Passau, erwähnt die K-Frage in seinen Ausführungen auch nicht.

Laschet lobt im Gegenteil mehrfach Söder für dessen politische Arbeit. Der habe es geschafft, die CSU wieder stark zu machen. Längst erlebe die Partei neue Umfragehöchstwerte. Söder wiederum sagt mit Blick auf die CDU ebenfalls etwas Erstaunliches: „Merkel-Stimmen gibt es nur mit Merkel-Politik.“ Solche Worte aus dem Mund eines bayerischen CSU-Chefs zeigen, wie sehr sich die politische Landschaft verändert hat während der Corona-Krise. Die Fortsetzung dieses Gedankens ist noch erstaunlicher: Sieht

sich Söder vielleicht als Garant für eine Fortsetzung der Merckelschen Politik im Kanzleramt in Berlin? Oder wird er den Weg kampffrei machen für eine Kanzlerkandidatur des neuen CDU-Vorsitzenden?

Die nächsten gut zwei Monate werden für Laschets politisches Leben sehr entscheidend sein. Wird er für die Union im Wahlkampf das Kanzleramt kämpfen? Oder wird er zugunsten Söders zurückstecken, weil dessen Popularität in der Bevölkerung möglicherweise einen sicheren Sieg verspricht? Noch ist diese Frage nicht entschieden. Auf beiden Seiten läuft man sich in gewisser Weise warm.

Die Corona-Krise und ihr Verlauf in den nächsten Wochen werden entscheidend sein, heißt es auf beiden Seiten.

ZUR PERSON

„Ein eher ruhiger Tag“



Armin Laschet (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, wird 60 Jahre alt

Die große Feier bleibt aus, da geht es dem NRW-Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden Armin Laschet wie jedem anderen Bürger in diesem Land, der an diesem Donnerstag Geburtstag hat. Immerhin ist es ein runder Geburtstag, Laschet wird heute 60 Jahre alt. „Es wird ein eher ruhiger Tag, den ich im engen Kreis meiner Familie begehen werde“, sagt Laschet. Natürlich seien runde Geburtstage immer etwas Besonderes, er selbst messe dem Ereignis aber nicht besonders viel Bedeutung bei. Wahr-

scheinlich fühle er sich mit 60 noch genauso wie am Tag zuvor mit 59. Nur seine Haare, die würden immer länger. Aber das Thema wird sich nach dem 1. März, an dem im Zuge der neuen Lockerungen der Corona-Maßnahmen auch die Friseurgeschäfte wieder öffnen, sehr bald erledigt haben.

Laschet, der sich im Gespräch mit unserer Zeitung nicht zu seinen Kanzlerambitionen äußern wollte, wäre im Fall einer Kanzlerschaft nach Kurt Georg Kiesinger (CDU) seit 1966 der erste Kanzler, der bei Amtsantritt das Alter von 60 bereits erreicht hätte. Kiesinger war bei seinem Amtsantritt 62 Jahre alt. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) war bei ihrem Amtsantritt 2005 mit 52 Jahren die jüngste. Das Durchschnittsalter aller Kanzlerinnen und Kanzler bei Amtsantritt liegt bei 58. Jahren. (tht)